ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb.1	Verbindung zwischen der Analyseform und der Wirtschaftspolitik	6
Abb.2	Überblick über die vorliegende Arbeit	8
Abb.3	Ausnahmeregelungen von Einheits- und Vollständigkeitsprinzip	13
Abb.4	Auseinandersetzung über die Ausgliederung	21
Abb.5	Interdependenzkosten	30
Abb.6	Drei Kriterien für die ergebnisorientierte Beurteilung	50
Abb.7	Finanzierungsströme und Verantwortung der Beteiligte	62
Abb.8	Unterschied zwischen dem Grundkonsens und der Prozeßpolitik beim Nebenhaushalt	69
Abb.9	Zusammenfassung der vorliegenden Arbeit	91

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort VII

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS IX
ABBILDUNGSVERZEICHNIS X
TABELLENVERZEICHNIS XI

A. Einleitung 1

I. Problemstellung 1
II. Ziel der Arbeit 2
III. Methodische Fragen 4
IV. Vorgehensweise 6

B. Die theoretischen Grundlagen der Diskussion über den Nebenhaushalt 9

I. Einführung 9
a) Ergebnisorientierte Fragestellung 9
b) Grenze der ergebnisorientierten Betrachtung 10
c) Verfahrensorientierte Fragestellung 11
d) Arten von Nebenhaushalte 13

II. Die finanzwissenschaftliche Diskussion zur Ergebnisorientierung... 17
a) Die theoretische Auseinandersetzung über den Nebenhaushalt..... 17
1. Argumente für eine funktionale Ausgliederung des Sondervermögens 17
2. Argumente gegen die Ausgliederung 18
b) Gründe für die gegenläufigen Argumente über den Nebenhaushalt 20
1. Unterschiedliche Schwerpunktsetzung bei der Haushaltsfunktion 22
2. Unterschiede zwischen der finanzwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Effizienz 23
3. Unterschiedliche Auffassungen über die Staatsfunktion 25

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1	Vergleich der ergebnis- mit der verfahrensorientierten Wirtschaftspolitik	3
Tab. 2	Sondervermögen des Bundes in unmittelbarer Bundesverwaltung	15
Tab. 3	Finanzwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Effizienz	24
Tab. 4	Die für die Finanzierung der deutschen Einheit herangezogenen Nebenhaushalte	40
Tab. 5	Ausgestaltung von FDE	41
Tab. 6	Finanzierung des FDE	42
Tab. 7	Änderung des Gesetzes in bezug auf FDE	55
Tab. 8	Verschuldungssituation der Gebietskörperschaften im Jahr 1991	57
Tab. 9	Förderales Konsolidierungsprogramm - FDE bezogen	58

III. Die Neue Politische Ökonomie (NPÖ) als die theoretische Grundlage zur Verfahrensorientierung 27
a) NPÖ zum demokratischen Verfahren 27
1. Theoretische Annahme: Ökonomische Analyse in der Politik... 27
2. Anwendungen zur Verfahrensorientierung in der demokratischen Wirtschaftspolitik 28
2.1. Demokratische Verfahren im individuellen Kalkül 29
2.2. Grundkonsens auf der Verfassungsebene 31
b) Demokratisches Verfahren im öffentlichen Haushalt 32
1. Entscheidung für die Ausgliederung mit qualifizierter Mehrheit 33
2. Durchführung des demokratischen Verfahrens 34
2.1. Einfache Mehrheit der parlamentarischen Kontrolle 34
2.2. Selbstverwaltung als ein demokratisches Verfahren 35

IV. Fazit: Kriterienbildung zur Analyse des Nebenhaushalts 37

C. Überprüfung der Ergebnis- und Verfahrensorientierung am Beispiel des Fonds „Deutsche Einheit“ 39

I. Finanzierung der deutschen Einheit 39
a) Finanzierung der Wiedervereinigung durch den Nebenhaushalt... 39
b) Umfang und Struktur des FDE 41
c) Charakterisierung der Finanzierung 43

II. Zur ergebnisorientierten Beurteilung der Fondsbildung: Überprüfung der Bedingungen zu einer effizienteren Aufgabenerfüllung 45
a) Die Besonderheit der Aufgabe, die Wiedervereinigung 45
b) Der organisatorische Vorteil durch den Nebenhaushalt 47
c) Überprüfung des Zweckbindungsvorteils..... 48

III. Zur verfahrensorientierten Beurteilung 52
a) Entscheidung über die Fondsbildung 52
1. Beitrittseinigung gemäß Art.23 GG 52
2. Gesetzgebungskompetenz zum Errichtungsgesetz des FDE 54
3. Einfluß der Interessenvertretung der alten Länder auf die Fondsbildung 56
4. Kreditaufnahme durch die Ausnahmeregel gemäß Art. 115 Abs. 2 GG 58

b) Beteiligungsmöglichkeit bei der Durchführung des FDE 60
1. Parlamentarische Kontrolle und FDE 60
2. Innere Kontrollmöglichkeit der Fondsverwaltung 61

IV. Fazit 64

D. Wirtschaftspolitische Vorschläge für den Nebenhaushalt 67

I. Verbindung beider Betrachtungen in der Finanzpolitik 68
a) Verfahrensorientierung als Grundkonsens mit qualifizierter Mehrheit 70
b) Prozeßpolitik mit Ergebnisorientierung 71

II. Verfahrensorientierung bei der Entscheidung für die Fondsbildung 73
a) Verfassungsregel: Ausgliederung oder nicht 73
1. Überprüfung der Notwendigkeit der Ausgliederung 73
2. Ausgliederungsentscheidung mit der qualifizierten Mehrheit... 75
b) Kriterienbildung zur Ausnahmeregel des Art. 115 Abs. 2 GG 76

III. Durchführungsmöglichkeiten bei der Fondsbildung hinsichtlich der Ergebnisorientierung 78
a) Mit der Mehrheitsregel unter dem allgemeinen Haushalt 78
1. Parlamentarische Kontrolle mit einfacher Mehrheitsregel 78
2. Haushaltsgrundsätze zur Erfüllung der Haushaltsfunktion 79
2.1. Der Einheitsgrundsatz zur Kontrollfunktion 80
2.2. Die Nonaffektation zur Prioritätsbildung 81
2.3. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für die finanzpolitische Willensbildung 83
b) Nebenhaushalt mit Kontrollmöglichkeit 84
1. Kontrollmöglichkeit der Steuerzahler mit Hilfe des Instituts „Bund der Steuerzahler" 84
2. Innere Kontrollmöglichkeit der Exekutive 86
2.1. Darlegungspflicht und Bericht über den Nebenhaushalt an die Exekutive 86
2.2. Der Nebenhaushalt mit der parlamentarischen Kontrolle - ERP Fonds als ein Beispiel 87

IV. Wirtschaftspolitischer Beraterwettbewerb auf der Ebene des Grundkonsenses 89

V. Fazit 90

E. Schlußfolgerung 93

LITERATURVERZEICHNIS 97